

TAGUNGEN

Politische Bildung

Wann und wo auch immer in der Bundesrepublik über „Politische Bildung“ geredet wird, scheint es unvermeidlich, daß warnend auf die Fehler und Versäumnisse in der Weimarer Zeit und auf die gegenwärtige Bedrohung durch totalitäre Weltanschauungen verwiesen wird: auf die Vergangenheit, weil sie zeigt, welche Folgen die mangelnde politische Bildung unseres Volkes gehabt hat, und auf die gegenwärtige Bedrohung durch den Totalitarismus, weil sie vordergründig das Bemühen um die Förderung der politischen Bildung rechtfertigt.

Auch bei der Wochenendtagung über „Politische Bildung“, welche die *Sozialakademie Dortmund* unter Beteiligung und mit Unterstützung des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen am 21. und 22. Februar 1959 durchführte, war es nicht anders. In den meisten Vorträgen und Diskussionsbeiträgen klang das Bedauern über die Abstinenz des Durchschnittsdeutschen gegenüber dem politischen Geschehen und die Furcht vor den Folgen einer neuerlichen Abwendung von der Politik als unüberhörbarer Grundakkord mit. Wohl gab es auch optimistische Aussagen über das Verhalten vor allem der jungen Generation gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten — und, in den Diskussionen, gelegentlich auch schöne Beispiele hierfür —; aber vorherrschend war doch die Vorstellung, daß „der Deutsche“ an der Politik nicht interessiert sei und daß darum, um der Demokratie willen, alles getan werden müsse, um diesem staatsgefährdenden Zustand zu begegnen.

Daß es „dem Deutschen“ generell an politischem Interesse fehle, ist nun freilich keine neue Erkenntnis: Diese Tatsache ist schon in den zwanziger Jahren beklagt worden; und ebenso zahlreich wie die Erklärungen für den Mangel an staatsbürgerlichem Bewußtsein des Deutschen sind die Versuche staatlicher wie nichtstaatlicher Stellen und Organisationen, dem Übel abzuwehren. Die Bundes- und Landeszentralen für Heimatdienst dienen schließlich in dieser Beziehung denselben Zielen wie die zahlreichen Institutionen der Erwachsenenbildung. Daß sich jetzt auch noch die Sozialakademie mit diesen Fragen beschäftigt, begründete ihr Leiter, Prof. Dr. *Hans Bayer*, mit dem „erschreckenden Mangel an politischer Bildung“, dem sie in ihrer Arbeit begegne. Ihre Aufgabe sei es, „in Lehre und Forschung gerade auch im Sinne einer Verbreitung der politischen Bildung zu wirken“. Die Akademie wolle als Sammelpunkt dienen für einen „Kreis von Menschen aus verschiedenen Schichten und

Richtungen“, dessen Mitglieder bereit seien, „über die eigenen und Gruppeninteressen das Gesamtinteresse zu stellen“.

Von der „Notwendigkeit der politischen Bildung“ handelte die erste Gruppe der Referate; die zweite Gruppe war dem Problemkreis „Politische Bildung und Lehrerschaft“ gewidmet; den dritten Teil des Tagungsprogramms bildete die Darstellung der „Möglichkeiten und Grenzen der politischen Bildung“.

Ausgehend von der Feststellung, daß im demokratischen Staat alle Bürger ein Mindestmaß an politischer Einsicht brauchen, definierte Prof. *Bayer* in seinem Referat über „Politische Bildung und soziales Gewissen“ die politische Bildung als die „Vermittlung von Erkenntnissen der Zusammenhänge“. Politische Gesinnung könne sich letztlich nur auf gediegenem Wissen aufbauen; aber Wissen allein genüge nicht; es müsse die Verbindung mit dem „sozialen Gewissen“ hinzutreten, also die „Fähigkeit, die gesellschaftliche Aufgabe des einzelnen und die Verpflichtung eines eigenen Beitrags zu ihrer Erfüllung zu erkennen“. Die Wichtigkeit der politischen Bildung leitete *Bayer* aus der Tatsache ab, daß die Folge mangelnder persönlicher politischer Bildung die gesteigerte Herrschaft der Verbände sei, was wiederum zu einer Bedrohung der persönlichen Freiheit führen könne. Als Ansatzpunkte für die Verbreitung politischer Bildung nannte *Bayer* die Erwachsenenbildung und die Jugendbildung; in beiden Bereichen komme es entscheidend auf den Lehrer an.

Gegen die Verengung des Begriffs auf die „staatsbürgerliche“ Bildung wandte sich Dr. *Walter Fabian* bei der Betrachtung der politischen Bildung in internationaler Sicht; er forderte statt dessen die Einbeziehung internationaler Probleme in die politische Bildungsarbeit, weil es in ihr um die „geistige Bewältigung der Welt, wie sie heute ist“, gehe und auch die Erziehung zum Europäer allein schon nicht mehr genüge. Durch die modernen Kommunikationsmittel sei zwar der Gesichtskreis gegenüber früher unerhört erweitert, aber zugleich auch für den einzelnen unübersehbar geworden, was zur Folge habe, daß aus dem Gefühl der Ohnmacht und der Ratlosigkeit, ja der Angst vor dem, was nicht mehr zu übersehen ist, Passivität gegenüber dem Geschehen erwachse. „Unübersehbarkeit nimmt die Lust am Sichbeteiligen!“ Es gelte heute, die neuen Faktoren in der Weltpolitik zu begreifen, die Verkrampfung in nationalen Vorurteilen zu überwinden und zu erkennen, daß Europa und die USA zusammen nicht *die* Welt sind, sondern auch andere Völker Rechte haben. Als Ziel der politischen Bildung bezeichnete *Fabian* die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen, ein unabhängiges Urteil zu fällen und die politische Meinungs- und Willensbildung zu, entwickeln und zu verstärken.

„Politische Bildung ist eine Notwendigkeit“ — dies bewies der Leiter der staatsbürgerlichen Bildungsstelle in Düsseldorf, Min.-Rat Dr. *Hermann Josef Nachtwey*, mit seinem Referat. Es geht in der politischen Bildungsarbeit nun einmal nicht ohne ein Mindestmaß an Optimismus, an Vertrauen zu den Menschen, um die sich der Bildende müht. Das Bild aber, das Nachtwey von der Situation unserer Zeit zeichnete, war so pessimistisch — auch wenn und gerade weil er es mit vielen wohlformulierten, aber immer nur halb wahr bleibenden, weil nur zum Teil zutreffenden Zitaten belegte —, daß sich der Zuhörer fragen mußte, ob es noch lohne, sich für die Demokratie einzusetzen. Selbst die — im Grunde richtige — Feststellung, daß die Massen „unter dem Zeichen der Demokratie in die Politik eingetreten“ seien, gewann eine makabre Bedeutung, wenn zuvor die Angst als „das bestimmende Gefühl der Zeit“ und der Zug nach Verwöhnung als Charakteristikum der Gegenwart, in der Kinderstube so gut wie in der Gesellschaft zu beobachten, bezeichnet wurden. Daß Marxismus, Faschismus und Nationalsozialismus ohne weitere Differenzierung als „Weltanschauungsdrillinge“, die uns bedrohten, genannt wurden, nahm danach kaum mehr wunder. — Es könnte wegen seiner offiziellen Stellung lohnen, sich mit den Auffassungen des Referenten ausführlicher auseinanderzusetzen, wenn erst seine Ausführungen schriftlich vorliegen; jetzt und hier sei darauf verzichtet.

Die Frage „Ist politische Bildung möglich?“ bejahte der Rektor der Pädagogischen Akademie Dortmund, Prof. Dr. *Emil Figge*, wobei er richtig betonte, daß auch in der Politik Fachkenntnisse nötig und Voraussetzung für die Entscheidungen seien.

Über die „dramatische Situation“ des Lehrers bei der Erfüllung seines Auftrags zur politischen Bildung berichtete der Rektor der Kant-Hochschule in Braunschweig, Prof. *Heinrich Rodenstein*. Beide, der Lehrer wie der Auftrag, seien in einer fragwürdigen, bedenklichen Situation, weil jede Herrschaftsform vom Lehrer die Erziehung der Kinder in ihrem Sinne und zu ihren Zwecken gefordert habe und noch fordere. Dabei habe die Lehrerschaft trotz Entnazifizierung und Rückschlag ins „Vergessen und Verzeihen auch da, wo es nichts zu vergessen und zu verzeihen gibt“, besonderes Interesse an der politischen Bildung. „Wir haben die Chance, daß die heranwachsende Lehrerschaft die Vergangenheit bewältigt; sie bringt Sinn für Objektivität, für Verantwortlichkeit und für Toleranz mit. Ich glaube, wir dürfen hoffen!“ sagte Rodenstein. Unvereinbar mit dem Auftrag zur politischen Bildung sei es — so sagte Rodenstein weiter —, vom Lehrer eine vorgeschriebene Gesinnung zu verlangen und gleichzeitig von ihm zu erwarten, daß er seine Schüler zu freiem kritischem Denken und Handeln erziehe. Er forderte, daß die Schule so

gestaltet sei, daß die ständige spannungsgeladene Auseinandersetzung des Individuums mit der Gesellschaft möglich sei und stattfinden könne. Der junge Mensch solle sich in der Welt zurechtfinden können; dazu gehöre aber der Lehrer, der selbst in ihr Bescheid wisse.

Von der Vernachlässigung der politischen Bildung an den pädagogischen Akademien berichtete Prof. *Heinrich Raskop*, Dortmund. Obwohl die Studenten an diesem Wissensgebiet stark interessiert seien, fehle es an den Mitteln; an den zehn Akademien in Nordrhein-Westfalen gebe es nur fünf Lehraufträge für politische Bildung, die zudem regelmäßig noch mit anderen Fächern gekoppelt seien.

Es sei hier eingefügt, daß während des zweiten Themenzyklus der Kultusminister des Landes, *Werner Schätz*, der Veranstaltung die Ehre seiner Anwesenheit gab; aber leider äußerte sich der Minister nicht zu den gewiß diskussionswürdigen Thesen und Vorhaltungen der Referenten.

Von der Arbeit der katholischen und der evangelischen Kirche auf dem Gebiet der politischen Bildung berichteten sehr instruktiv Prof. Dr. *Jakob David*, S. J., Direktor der Kommande in Dortmund, und Frau *Marlies Cremer* von der Evangelischen Akademie in Bad Boll. Die Referate über die politische Bildung im gewerkschaftlichen Raum und über die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung fielen leider aus, das eine wegen plötzlicher Erkrankung des Referenten, das andere wegen überraschender Teilnahme des Redners an einer Tagung im eigenen Haus. So wäre über die Bemühungen in der gewerkschaftlichen und volkshochschulmäßigen Erwachsenenbildungsarbeit überhaupt nicht mehr gesprochen worden, wäre nicht schließlich diese Aufgabe noch von Dr. Walter Fabian übernommen worden; jahrzehntelange Mitarbeit auf diesem Gebiet legitimierten und befähigten ihn dazu, so daß er nicht als Lückenbüßer, sondern als Fachmann und aus eigenem Erleben berichten konnte.

Das Fazit der Tagung: Viel guter Wille war erkennbar, auch eine gewisse Gemeinsamkeit in der Zielsetzung und in der Wahl der Mittel; aber unausgesprochen stand auch die Ratlosigkeit aller offiziellen Stellen um das Wie und Wozu der politischen Bildung im Raum. Ob sich die Sozialakademie Dortmund zum Kristallisationspunkt für die politische Bildung entwickeln wird, ja, ob sie überhaupt fähig ist, ein solcher Punkt zu werden, wird nicht von ihr allein abhängen, sondern auch von jenen Kräften, denen sie ihr Dasein und ihr Sosein verdankt, also auch von den Gewerkschaften. Und gerade die Gewerkschaften haben in ihren eigenen Bildungseinrichtungen schon Institutionen, die den in Dortmund aufgewiesenen Zielen dienen. Es ist also — wieder einmal — eine Frage der Koordinierung, der gegenseitigen Verständigung. *Werner Behr*